

# Der Freisinn

# FDP

Nr. 3  
März 1981  
3. Jahrgang  
Erscheint monatlich

Redaktion:  
«Der Freisinn»  
Postfach 2642, 3001 Bern  
Telefon (031) 22 34 38

Inserate:  
ofa Orell Füssli Werbe AG  
Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich  
Telefon (01) 251 32 32

Herausgeber:  
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)  
Postfach 2642, 3001 Bern  
Telefon (031) 22 34 38

Zur Diskussion um den Schwangerschaftsabbruch

## Föderalistische Lösung: Keine Flucht aus der Verantwortung

Einmal mehr haben sich die eidgenössischen Räte mit dem Problem des Schwangerschaftsabbruchs auseinandersetzen. Der Nationalrat debattierte über verschiedene parlamentarische Vorstösse sowie vier Standesinitiativen, die dieses Thema nach dem Scheitern der Fristenlösungs-Initiative von 1977 wieder aufnehmen. Nationalrätin Cornelia Füg (Wisen SO) erläutert ihre Haltung.



Engagiert nahm Nationalrätin Cornelia Füg bereits in der Diskussion um die Fristenlösungs-Initiative Stellung. Auch nach dem negativen Abstimmungsausgang setzt sie sich konsequent und beharrlich für eine Lösung des Problems Schwangerschaftsabbruch ein. (Bild Rutli)

Bevor man über die sogenannte föderalistische Lösung diskutieren kann, muss man die verfassungsmässige Zulässigkeit einer Fristenlösung abklären. Dass der Staat den Schutz des Lebens als höchsten Gutes garantieren muss, wird wohl von niemandem bestritten. Von welchem Zeitpunkt an das keimende Leben unter staatlichen Schutz gestellt und seine Vernichtung Strafe nach sich ziehen muss, ist jedoch eine

sehr umstrittene Frage, ganz im Gegensatz zum Ende des menschlichen Lebens, das wissenschaftlich einhellig mit dem Hirntod als beendet betrachtet wird. Für die katholische Kirche ist z. B. die Verhinderung von Leben bereits unzulässig. Deshalb verbietet sie auch folgerichtig die Pille. Andere wiederum glauben (und ich zähle mich dazu), dass das Leben mit der Zeugung beginne, und wiederum andere sind überzeugt, dass das Leben mit der Einnistung des befruchteten Eis in der Gebärmutter, der sogenannten Nidation, anfangen. Die Frage nach dem Beginn des Lebens ist sowohl theologisch, philosophisch als auch medizinisch und juristisch so kontrovers, dass sie auf eine Glaubens- und Gewissensfrage hinausläuft.

### Inkonsequent

Welche Haltung soll in dieser umstrittenen Frage der Staat einnehmen, nachdem in der Bundesverfassung auch die Glaubens- und Gewissensfreiheit garantiert ist? Würde vom Staat für alle allgemein gültig der Beginn des Lebens mit der Zeugung verankert, so müsste die Verwendung verschiedener gängiger Verhütungsmittel unter Androhung von Strafe verboten werden, weil sie zwar eine Befruchtung ermöglichen, eine Einnistung des be-

fruchteten Eis in der Gebärmutter aber verunmöglichen und somit eine Abtreibung herbeiführen, wie z. B. die Spirale oder die angekündigte Pille «danach».

### Glaubens- und Gewissensfrage

Dass es sich bei der Frage, von welchem Zeitpunkt an das keimende Leben unter staatlichen Schutz zu stellen sei, um eine Glaubens- und Gewissensfrage handelt, hat die Abstimmung über die Fristenlösungs-Initiative gezeigt. Noch nie sind die Meinungen so stark nach Religion, Stadt und Land und Sprache auseinandergeklafft. Drei vorwiegend städtische und paritätische Kantone stimmten mit über 75 Prozent Ja-Stimmen der Fristenlösung zu, und sechs vorwiegend kleine, ländliche und katholische Kantone lehnten mit derselben Mehrheit ab. Es scheint also sehr schwierig, eine gesamtschweizerische Lösung zu finden.

Wer sich heute dafür einsetzt, dass die Kantone die Möglichkeit haben sollten, die Fristenlösung einzuführen, mit der gesetzlichen Bestimmung, dass ein Schwangerschaftsabbruch in einem Kanton, der die Fristenlösung eingeführt hat, auf dem Gebiet der ganzen Schweiz straflos bleiben würde, der versucht, dieser Diskrepanz der Meinungen Rechnung zu tragen.

### Kantone sind in ihrem Entscheid frei

Kein Kanton muss jedoch die Fristenlösung einführen. Eine föderalistische Lösung beinhaltet zudem als Gegenstück die Möglichkeit, dass diejenigen Kantone, welche gegen die Liberalisierung sind, einen Schwangerschaftsabbruch nur unter ganz restriktiven Bedingungen zulassen können. Die ebenfalls in Diskussion stehende bundesrechtliche Lösung mit der sozialmedizinischen Indikation, inbegriffen den sehr dehnbaren Begriff der materiellen Notlage, drängt diesen Kantone hingegen einen Fortschritt auf, den sie entschieden ablehnen müssten.

### Nicht vor unhaltbaren Zuständen kapitulieren

Eine föderalistische Lösung, wie sie aus den Beratungen der nationalrätlichen Kommission hervorgegangen ist, entspricht dem Gedanken der Toleranz und ist keine Flucht aus der Verantwortung. Letzteres müsste vielmehr angenommen werden, wenn man vor den unhaltbaren Zuständen rund um die Problematik der Abtreibungen, die wir leider als Tatsache hinnehmen müssen, kapituliert, den Status quo aufrechterhalte und der heutigen eklatanten unterschiedlichen Rechtsanwendung von sogenannt vereinheitlichten Strafnormen weiterhin tatenlos zusähe, ohne sich um die Übereinstimmung von Rechtswirklichkeit und Rechtsnormen zu bemühen.

Wohneigentumsförderung — wo stehen wir heute?

## Endlich vorwärts machen

Seit der Veröffentlichung des Berichts der Expertenkommission Wohneigentumsförderung Anfang 1980 ist jetzt etwas mehr als ein Jahr verstrichen. Die unter dem Präsidium des Freiburger Baudirektors Masset ausgearbeiteten Vorschläge sind auf ein überwiegend positives Echo gestossen. Zwar hat es nicht an kritischen Stimmen, an Zweifeln und an Fragezeichen gefehlt; vorherrschender Tenor war aber doch eine freundliche Ermunterung, auf dem Gebiet der Wohneigentumsförderung endlich vorwärts zu machen. In der Folge sind die Kommissionsvorschläge an zahlreichen Veranstaltungen diskutiert und in manchen Zeitungsartikeln näher ausgeleuchtet worden. Was aber ist konkret geschehen? Diese Frage stellt und beantwortet Dr. Rudolf Rohr, Würenlos:

Der Vorsteher des EVD hat die Expertenvorschläge den anderen betroffenen Departementen zu wohlwollender Kenntnisnahme zugeleitet. In den vom 16. Januar 1980 datierten Richtlinien der Regierungspolitik für die Legislaturperiode 1979 bis 1983 sucht man das Stichwort Eigentumpolitik allerdings vergeblich, und eine allfällige Revision des Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetzes ist zu den Geschäften zweiter Priorität verwiesen. Der Bundes-

natem vorzulegende erste Entflechtungspaket dürfte entsprechende Anträge enthalten, weshalb es wohl realistisch ist, auf eidgenössischer Ebene eigentumpolitische Impulse nicht vom WEG erwarten zu wollen. Immerhin ist vorgesehen, die Verordnung zum WEG noch in diesem Jahr zu revidieren und bei dieser Gelegenheit einige Anliegen der Expertenkommission zu realisieren; durch Vereinfachung des Verfahrens und Lockerung verschiedener restriktiver Vorschriften soll die Bundeshilfe — ohne Kostenfolge für den Bund — attraktiver gemacht werden.

Entscheidendes darf und muss vom Berufsvorsorgegesetz (BVG) erhofft werden. Der Ständerat hat in der Sommersession 1980 die von der Expertenkommission Masset empfohlenen Kompromissvorschläge betr. Einsatz der Vorsorgegelder für Eigenheime der Substanz nach übernommen. Es gilt nun, diese Bestimmungen durch das Differenzbereinungsverfahren hindurchzuzetteln und vielleicht sogar zugunsten der älteren Arbeitnehmer noch etwas zu verstärken. Es kann nicht genug betont werden, dass quantitativ

Fortsetzung auf Seite 5

**Abstimmungsparole der FDP der Schweiz**  
**«Miteinander»-Initiative** **NEIN**

rat wird freilich nicht umhin können, sich mit der gegen seinen Widerstand überwiesenen Motion Bremi/Bürgi, die ein Gesamtkonzept der Eigentumsförderung und entsprechende Anträge verlangt, eingehender zu befassen. Wie kürzlich verlautete, soll dies im Rahmen der für 1982 in Aussicht gestellten Botschaft für das Bundesgesetz über die Steuerharmonisierung geschehen.

### WEG und BVG

Die Vorschläge der Expertenkommission Masset konzentrieren sich bekanntlich auf die drei Bereiche Finanzierung, Steuern, Raumplanung. Zum ersten Bereich gehört das Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetz (WEG). Im Rahmen der staatspolitisch bedeutsamen Operation Neuverteilung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen steht das WEG in der vordersten Linie jener Wirkungsfelder, die den Kantonen überantwortet werden sollen. Das in den nächsten Mo-

### Montreux

Parteitag und Ordentliche Delegiertenversammlung der FDP der Schweiz finden am 1./2. Mai in Montreux statt. Im Vordergrund der Verhandlungen stehen die Abwicklung der ordentlichen Parteigeschäfte sowie die Parolenfassung zu den Abstimmungsvorlagen vom 14. Juni — Verfassungartikel über «gleiche Rechte» sofalls in Montreux tagen am 1. Mai Delegiertenrat sowie die freisinnig-demokratische Fraktion der Bundesversammlung. Bereits tags zuvor treffen sich an der Genfer Riviera Geschäftsleitung und Fraktionsvorstand.

**Ihre Eigenheim-Finanzierung nach Mass — mit der SKA**



Oekologie: Ersatz für verschwundene Verstaatlichungsträume?

## Verschobene Prioritäten-Ordnung

Wer die Geschichte der Parteiprogrammatik der letzten Jahrzehnte etwas im Gedächtnis und, «vorwärts», im Visier hat, kommt manchmal nicht aus dem Staunen heraus. In der gängig und eingängig gewordenen Farben-Sprache lassen sich staunenswerte Wandlungen und Veränderungen auf den kürzesten Nenner bringen, zum Beispiel auf den: «Aus Rot wird Grün». Angesprochen ist damit, vorab bei der grössten Linkspartei des Landes, bei den Sozialdemokraten, die verschobene Prioritäten-Ordnung. Einige Ueberlegungen dazu stellt alt Nationalrat Erwin Waldvogel, Schaffhausen, an:

Vor Verstaatlichungen und Teilverstaatlichungen, vor teilweise extrem formulierte Sozialrechte («Recht auf Arbeit» etwa) ist, jedenfalls in zahlreichen Kantonalparteien, der Umweltschutz gerückt. Wo früher eine stete Erhöhung der industriellen Produktion als unabdingbare Voraussetzung des Wohlstandes der «breiten Massen» galt, wird jetzt einem gedrosselten, wenn nicht gestoppten Wirtschaftswachstum das Wort geredet. Wo einst die Erstellung von grosszügig dimensionierten Mietwohnungsblöcken als «soziale Tat» galt — in den vielen während Jahrzehnten sozialistisch dominierten Städten —, beklagt man heute die «Betonwüsten» — nicht nur an den Autostrassen. Und wo einst die Verstaatlichung nicht allein von Industrien, sondern auch ganzer Lebensbereiche auf demokratischem Wege betrieben und übertrieben wurde wie in Grossbritannien, haben Arbeiter eine Partei und eine Regierung an die Macht zurückgebracht, welche die Zurückstufung des Staates auf ihr (ernstgenommenes) Programm geschrieben hatten.

Ist «grün» mehr als ein Ersatz für die einst rote Parteifarbe? Sind Umweltschutz, Oekologie und «Wachstum null» nicht nur propagandatauglicher Ersatz für Staats-Sozialisierungs-Pläne geworden? Man würde vielen Oekologie-Gläubigen, vielen Zweiflern an der heutigen Zivilisation unrecht tun, wenn man sie einfach als Parteiopportunisten beargwöhnen würde — nur weil sie bei den Linksparteien ihr Heil suchen und zu finden glauben. Oe-

kologen sind ja auch in nichtsozialistischen Parteien zu finden und zu Hause. Und umweltschutzbewusstes Verhalten und Handeln ist nicht ein Parteiprivileg, sondern vorerst ein Appell und ein Anspruch an jeden Einzelnen.

Etwas weniger behutsamer Umgang ist in diesen heiklen Fragen bei den Parteioberen der Linken, vorab der sozialdemokratischen, am Platze. Diesen ist allerdings, das geht auch jenen in anderen Parteien so, die Erwägung taktischer Fragen, wie und womit man bei den Leuten am besten «ankommt», ins Pflichtenheft geschrieben. Wobei sich dann eben in der historischen Tiefenperspektive herausstellen müsste, wieweit neue Zielsetzungen noch in der Richtung früherer, seinerzeit als alleinseligmachend gepriesener liegen. In der ökologischen Phase, in der viele Kantonalparteien und einermassen auch die schweizerische SP sich befinden, ist von Verstaatlichung und von Vergesellschaftung von Produktionsmitteln eigentlich recht wenig mehr die Rede. So extrem wie im Ausland wurden diese Forderungen in unserem Land, jedenfalls von der Sozialdemokratie, allerdings nie vertreten. Aber es ist doch zu berücksichtigen, dass die Verstaatlichungs-Programmatik heute bei uns sowieso ein alter Hut ist, der schlecht zu verkaufen ist. Da bekommt der relativ schlanke Uebergang zu den Umweltschutz-Prioritäten doch auch den Beigeschmack eines für die Parteiführer und -propagandisten recht erwünschten Ersatzes oder

doch eines Lückenfüllers für die verblasste Staats- und Verstaatlichungs-Romantik. Wobei wir einigen Wortführern damit keineswegs die persönliche Glaubwürdigkeit ihrer neuen «Priorität» in Zweifel ziehen möchten.

### Programmwechsel verbunden mit Generationenwechsel

In Schaffhausen, wo diese Betrachtung geschrieben wird, ist dieser Programmwechsel augenfällig mit einem Generationenwechsel verknüpft oder jedenfalls ihm parallel vollzogen worden. Der Umweltschutz, etwa konkretisiert im Schutz der Rheinfalls und der Rheinlandschaft, war vor dreissig und zwanzig Jahren in den Parteien eindeutig bürgerliche Domäne, obwohl er in den bürgerlichen Parteien auch nie ganz unumstritten war. Die junge Generation der Sozialdemokraten, die in den Räten im vergangenen Wahlherbst einen eigentlichen Durchbruch erzielten, tritt mit einer Forsicht als Vorhut des Umweltschutzes auf, als ob es da eine «bürgerliche Vergangenheit» nie gegeben hätte. Sie setzt sich damit, ohne sichtbare Schmerzen, auch von ihren Genossen der letzten und vorletzten Generation ab, die noch ausgesprochene Wachstumspolitiker gewesen waren, ebenso die Nachwuchspolitiker der mittleren Generation in den Behörden, die jetzt zum Teil den Anschein eines «Naturschutz-Paulus» machen.

Heute ist es offenbar wieder an den Freisinnigen, wie es kürzlich Finanzdirektor Dr. Kurt Amster in den «Schaffhauser Nachrichten» tat, zu fragen, ob sich die Schaffhauser auf Dauer den einseitigen Natur- und Heimatschutz leisten könnten oder ob sie nicht doch auch auf die Belebung der eher stagnierenden Wirtschaftskraft der Region bedacht sein müssten ...

### Totalrevision der Bundesverfassung — Stellungnahme der FDP

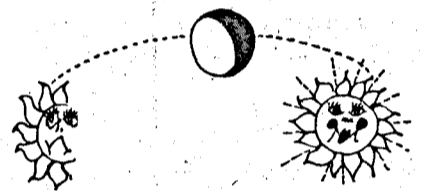
Die FDP-Stellungnahme zum Verfassungsentwurf sowie der Alternativentwurf der Partei sind in einer Sondernummer der «Politischen Rundschau» veröffentlicht worden. Bestellungen nimmt das Generalsekretariat der FDP der Schweiz, Postfach 2642, 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38, entgegen. Preis: Fr. 5.—

## Was Prominente wirklich nicht gedacht haben ...



Dieser Oberst Bachmann kostet mich immer mehr Haare (Bild Ruti)

### Von Tag zu Tag



### SRG: Vieles offen, vieles zu tun

Generaldirektor Schürmann vor der FDP-Studiengruppe für Medienpolitik

Vieles ist offen — technisch und politisch gesehen —, vieles ist zu tun. Das ist das Fazit eines Referates des Generaldirektors der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG), Prof. Dr. Leo Schürmann, vor der Studiengruppe für Medienpolitik der FDP. An der von Nationalrat Ulrich Bremi, Zollikon ZH, geleiteten Sitzung unterstrich Schürmann die Berufung und den Ruf, den die SRG als nationale Institution hat. Er kündigte an, dass die SRG demnächst ein unternehmerisches Leitbild vorlegen sowie ihre Unternehmensziele und -politik definieren wird.

Vorgängig der lebhaften Aussprache, an der Kritik, Wünsche und Anregungen gegenüber der SRG formuliert wurden, nahm Schürmann zu aktuellen Fragen der SRG Stellung. Er trat dabei für eine Förderung des eidgenössischen Filmschaffens durch die SRG ein. In der Frage des Satellitenfernsehens deutete er die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit andern Staaten an. Das dritte Radioprogramm soll mittels einer rasch zu verwirklichenden Zwischenlösung realisiert werden. Analog der Westschweiz wird ein regionales Korrespondentennetz für die Deutschschweizer Tagesschau aufgebaut, und die permanente Ausbildung der journalistischen Mitarbeiter soll verbessert werden. Optimistisch äusserte sich Schürmann bezüglich einer praktikablen Lösung der gemäss Bundesgerichtsentscheid zu leistenden Abgabe der Kabelfernsehabonnementen für ausländische Programme; es werde beschleunigt eine kostengünstige Vereinbarung für die Konzessionäre angestrebt.

### Benzingrundzoll in allgemeine Bundeskasse?

FDP-Ausschüsse regen möglichst rasche Ueberprüfung an

Ab 1984 werden die Einnahmen aus dem Benzingoll, dem Grundzoll sowie dem Zollzuschlag nicht mehr vollumfänglich für die Finanzierung des Nationalstrassenbaues verwendet werden müssen. Die Ausschüsse für Verkehrs- sowie Finanz- und Steuerpolitik der FDP treten deshalb dafür ein, dass die Frage einer weitergehenden Zweckbindung des Grundzolles möglichst rasch einer eingehenden Ueberprüfung zu unterziehen ist. Analog den übrigen Zollerträgen wäre der Grundzoll wieder vermehrt der Bundeskasse zuzuteilen. Eine Neuordnung darf jedoch nach Ansicht der Ausschüsse die Postulate der Gesamtverkehrskonzeption nicht tangieren. Bei einer vollständigen Lösung der Zweckbindung ergäbe dies Mehreinnahmen von zwischen 500 und 600 Millionen Franken.

Nach Artikel 36ter der Bundesverfassung sind heute drei Fünftel des Zollreinertrages (Grundzoll) auf Treibstoffen zur Deckung der Kosten des Nationalstrassenbaues und des übrigen vom Bund aner-

kannten Hauptstrassennetzes vorgesehen. Die Erhebung des Zollzuschlages, der vollumfänglich für den Nationalstrassenbau verwendet werden muss, basiert rechtlich auf einem Bundesbeschluss. Da die Bevorschussung des Nationalstrassenbaus infolge der laufenden Rückzahlungen sowie des verminderten Bauvolumens nicht mehr im bisherigen Ausmass vom Bund aufrechterhalten werden muss, können die frei werdenden Mittel anderweitig eingesetzt werden.

### Raumplanung auf gutem Wege

Stellungnahme des FDP-Ausschusses für Landesplanung und Bodenrecht

Die heute auf Bundesebene bestehenden gesetzlichen raumplanerischen Grundlagen vermögen durchaus zu genügen. Als positive Auswirkung der getroffenen Massnahmen ist insbesondere zu vermerken, dass der Bund veranlasst wird, seine vielfältigen raumwirksamen Aufgaben inner- und zwischendepartemental zu koordinieren und damit den Kantonen wertvolle Planungsgrundlagen zu verschaffen. Dies ist das Fazit einer im Ausschuss für Landesplanung und Bodenrecht der FDP geführten Aussprache, der von Nationalrat Pascal Couchepin (Martigny) präsidiert wird.

Vorgängig der lebhaft geführten Diskussion liess sich der Ausschuss durch Dr. Hans Flückiger, Stellvertretenden Direktor des Bundesamtes für Raumplanung, und Nationalrat Jacques Martin, Gemeindepräsident von Gryon VD, über die ergriffenen Massnahmen orientieren. Der Ausschuss ist der Ansicht, dass die Planungsautonomie der Kantone und Gemeinden zu respektieren sei. Er will sich mit einigen zentralen Fragen der Raumplanung und des Bodenrechtes auseinandersetzen, so mit der Erleichterung des Zugangs zum Grundeigentum für breite Bevölkerungsschichten und mit der raumplanerischen Bewältigung privater Grossprojekte.



Viel Lob erntete — in der Presse und bei seinen Ratskollegen — Nationalrat Jean-Pascal Delamuraz für den Bericht der von ihm präsidierten Arbeitsgruppe der Geschäftsprüfungskommission zum «Fall Bachmann». Mit Akribie wurde den Verdächtigungen nachgegangen, die ein CVP-Volksvertreter vorgetragen hatte und die sich aber offenbar weitgehend als hallos erwiesen haben. Mit dem vom Freisinnigen Waadländer unterschriebenen Bericht und der Debatte im Nationalrat könnte unter diese leidige Affäre ein Schlussstrich gezogen werden — die zu ergreifenden Konsequenzen sind klar aufgezeichnet worden —, wenn nicht immer noch militärgerichtliche Verfahren gegen einzelne Angehörige des Nachrichtendienstes hängig wären. (Bild Rieben)

### Der Freisinn

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.  
Redaktion «Der Freisinn», Postfach 2642, 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38. Verantwortlich für die Redaktion, Generalsekretariat FDP der Schweiz: H. R. Leuenberger, Fürsprecher, und Chr. Beusch. Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.  
Insertaten-Verwaltung: OFA Orell Füssli Werbe AG, Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich, Telefon (01) 32 98 71.  
Druck: Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich.  
Einzelnummer Fr. 2.—, Jahresabonnement Fr. 20.—

Zur Abstimmung über die Miteneand-Initiative

**Erneut Dilemma provozieren?**

Die Bezeichnung Miteneand-Initiative ist, wie Nationalrat Dr. Bruno Hunziker, Aarau, feststellt, nicht zufällig gewählt worden. Sie soll bei flüchtigem Zusehen den Eindruck erwecken, es handle sich um einen Vorschlag, der miteinander, also gemeinsam von den Hauptbeteiligten, zu einer reifen und ausgewogenen Lösung entwickelt worden sei. Eine solche Meinung fällt, wie der Aargauer Freisinnige bemerkt, in sich zusammen, wenn man den Text der Initiative näher anschaut und sich Rechenschaft gibt über die wirtschafts- und staatspolitischen Folgen:



auf der andern Seite schiessen sie über das Ziel hinaus und können nicht akzeptiert werden.

**Neue Verfassungsbestimmung unnötig**

Zu den unbestrittenen Forderungen, die keine neuen Rechtsgrundlagen erfordern, gehört die Sicherung der Menschenrechte der Ausländer. Die allgemeinen Menschenrechte, wie sie in der Europäischen Menschenrechtskonvention definiert sind, stehen bei uns den Ausländern ebenso gut zu wie den Schweizern. Unbestritten ist auch, dass sie den gleichen Rechtsschutz wie die Schweizer besitzen sollen. Was die soziale Sicherheit anbelangt, die in der Initiative ausdrücklich für die Ausländer gefordert wird, so besteht sie bereits heute. Angesichts dieser bereits vorhandenen oder mit dem neuen Ausländergesetz in Kraft tretenden Sicherungen für die Ausländer ist nicht einzusehen, warum, wie das die Initiative will, neue Bestimmungen in die Bundesverfassung aufgenommen werden sollten.

**Nein aus volkswirtschaftlichen ...**

Neben diesen selbstverständlichen Forderungen enthält die Initiative solche, die unter allen Umständen abgelehnt werden müssen. Dazu gehört vor allem die völlige Abschaffung des Saisonierstatuts. Dieses ist nicht nur gerechtfertigt, sondern notwendig. Dafür können einmal volkswirtschaftliche Gründe ins Feld geführt werden. Es ist nicht wegzudiskutieren, dass es Branchen und Erwerbszweige gibt, bei denen die Beschäftigungslage und damit die Beschäftigungsmöglichkeit starken saisonalen Schwankungen unterliegt. Die Beschäftigungslage in diesen Bereichen hängt vor allem von den Jahreszeiten ab, und diese können wir nicht ändern.

Die Initiative übersieht oder übergeht auch das Schutzbedürfnis der einheimischen Arbeitskräfte, insbesondere bei wirtschaftlichen Krisenperioden. Man wird doch wohl nicht in Kauf nehmen wollen, dass in solchen Zeiten Schweizer arbeitslos

würden, während neu eingereiste Ausländer weiterhin beschäftigt werden könnten.

**... und staatspolitischen Ueberlegungen**

Neben den wirtschaftspolitischen sind es ernste staatspolitische Ueberlegungen, die zur Ablehnung der Miteneand-Initiative führen. Die mühsam erreichte Stabilisierung der Zahl der ausländischen Wohnbevölkerung in der Schweiz würde durch die Abschaffung des Saisonierstatuts wieder in Frage gestellt. Neben den rund 100 000 Saisoniers würden weitere 50 000 bis 100 000 Familienangehörige mitkommen und in unserem Land Wohnsitz nehmen.

Sehr bald wären wir wieder im bekannten Dilemma: Entweder müssten wir die Zahl der ausländischen Wohnbevölkerung übermässig ansteigen lassen oder

dann die Zahl der Fremdarbeiter auf ein Niveau senken, das bei normalen wirtschaftlichen Zeiten in keiner Weise den Bedürfnissen unserer Wirtschaft entspräche. Im ersten Fall wäre das Stabilisierungsziel gefährdet, und die früheren heftigen Diskussionen wegen der Befürchtung einer Ueberfremdung würden wieder aufleben. Im zweiten Fall würden die saisonalen Wirtschaftszweige, vor allem das Baugewerbe und der Fremdenverkehr, und die in diesen Branchen beschäftigten Schweizer in Krisensituationen hineingeraten.

Keine dieser beiden Entwicklungen ist verantwortlich, weder aus der Sicht der einheimischen noch der ausländischen Arbeitskräfte. Darum ist die Miteneand-Initiative abzulehnen. Viele ihrer Forderungen sind bereits erfüllt oder werden mit dem neuen Ausländergesetz verwirklicht, andere können aus den genannten Gründen nicht akzeptiert werden.

**Ausländerzahl stabil**

Die vom Bundesrat konsequent verfolgte Politik einer Stabilisierung der Zahl der ausländischen Wohnbevölkerung ist von Erfolg gekrönt. Seit dem Rekordjahr 1974, als der Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung an der Gesamtbevölkerung 16,8 Prozent oder 1 065 000 Personen betrug, ist der Ausländeranteil kontinuierlich gesunken und betrug Ende 1980 noch 14,2 Prozent oder 683 500 Personen.

Während Jahrzehnten war die Schweiz ein Auswanderungsland. Tausende von Schweizern versuchten ihr Glück in den Ländern Europas oder auf anderen Kontinenten. Noch im 19. Jahrhundert ist ein Auswanderungsüberschuss festzustellen. Erst um die Jahrhundertwende kehrt sich das Bild: die Schweiz wird zu einem Einwanderungsland. Bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges schätzte man den Anteil der Ausländer an der Wohnbevölkerung auf 15,4 Prozent. Die Folgen des Krieges, die Wirtschaftskrise der

dreissiger Jahre sowie der Zweite Weltkrieg führten jedoch dazu, dass die Ausländer die Schweiz wieder verliessen.

Die dem Zweiten Weltkrieg folgende Hochkonjunktur brachte einen neuen Ausländerstrom: Der Ausländeranteil stieg wieder und erreichte 1974 seinen Höchststand. Im Gefolge der verschiedenen Abstimmungen über Ueberfremdungsinitiativen ergriff der Bundesrat drakonische Massnahmen, um den Ausländeranteil zu senken, der sich nun bei rund 14 Prozent einzupendeln scheint.

Die in der Miteneand-Initiative geforderte Aufhebung des Saisonierstatuts würde, wie der Bundesrat selbst feststellt, «den Bestand der ausländischen Wohnbevölkerung wiederum über eine Million wachsen lassen. Das käme einer Abkehr von der seit Jahren durchgehaltenen Stabilisierungspolitik gleich und wäre staatspolitisch nicht zu verantworten».

(cb)

**Klares Nein**

Eindeutig war der Entscheid der Delegierten der FDP am Parteitag von Ende Februar in Brig zu der am 5. April zur Abstimmung gelangenden Miteneand-Initiative: Nach kontradiktorischer Erörterung unter dem Vorsitz von Parteipräsident Yann Richter und kurzer Diskussion sprachen sich 9 Delegierte für die Unterstützung des Volksbegehrens aus, während 127 dagegen votierten; Stimmberechtigte waren 140 anwesend.

**Ueberfremdungs-Initiative: Nummer 6**

Wenn sich die Stimmberechtigten am 5. April zur Miteneand-Initiative äussern, ist dies nicht das erstmal, dass sie zu einem Volksbegehren Stellung zu beziehen haben, das im Bannkreise der Ueberfremdungsproblematik steht.

● Eine erste Ueberfremdungs-Initiative wurde 1965 eingereicht. Sie war lanciert worden von der Demokratischen Partei des Kantons Zürich, die sich wenige Jahre später auflöste. Das

Volksbegehren kam, da es zurückgezogen wurde, nicht zur Abstimmung.

● Zu einer harten, mit viel Emotionen belasteten Auseinandersetzung kam es bei der Diskussion um die zweite Ueberfremdungs-Initiative, die sogenannte Schwarzenbach-Initiative, benannt nach ihrem Promotor, dem damaligen Nationalrat James Schwarzenbach. Bei einer überdurchschnittlichen Stimmbeteiligung (74,1 Prozent) wurde sie am 7. Juni 1970 von 550 000 Stimmberechtigten gutgeheissen, während 650 000 mit Nein votierten; in 13% Ständen überwog die Nein-Mehrheit, während 6% Kantone einen Ja-Uebererschuss aufwiesen.

● Schiffbruch erlitt die dritte Ueberfremdungs-Initiative, die von der Nationalen Aktion lanciert worden war. Im Oktober 1974 vereinigte das Volksbegehren bei einer erneut hohen Stimmbeteiligung von 70 Prozent 880 000 Ja auf sich, während 1,7 Mio. Stimmberechtigte ein Nein einlegten. Alle Stände wiesen diesmal eine Nein-Mehrheit auf.

● Noch deutlicher als bei der dritten Initiative fiel das Abstimmungsergebnis für die Nummern vier und fünf aus, die 1977 zur Abstimmung gelangten. Das von den Republikanern gestartete dritte Volksbegehren «zum Schutz der Schweiz» wie auch die Initiative «zur Beschränkung der Einbürgerungen», lanciert wiederum von der Nationalen Aktion, scheiterten deutlich.

● Hängig ist eine weitere Initiative, die ebenfalls aus Ueberfremdungspolitischen Gründen ergriffen worden war: das von der Nationalen Aktion im Herbst 1979 eingereichte Volksbegehren «gegen den Ausverkauf der Heimat».

(cb)

**Lieber Leser**

Die schweizerische Partei steht zwischen zwei Grossanlässen: Erfolgreich konnte die ausserordentliche Delegiertenversammlung Ende Februar in Brig abgewickelt werden. Und bereits steht der ordentliche Parteitag, der am 1./2. Mai in Montreux stattfindet, vor der Tür. Die Delegierten werden in den nächsten Wochen die Einladungen sowie den Jahresbericht erhalten. Wir möchten darauf aufmerksam machen, dass — wie übrigens immer — auch weitere Parteifreunde mit beratender Stimme zu unseren Delegiertenversammlungen und Parteitagen herzlich eingeladen sind.

Zu einem vollen Erfolg gestaltete sich der Anlass in Brig, der verbunden wurde mit einer Tagung des Delegiertenrates sowie der ausserordentlichen Sitzung der FDP-Fraktion der Bundesversammlung. Ueber dieses Ereignis werden die «Freisinn»-Leser in dieser Nummer informiert.

Aber nicht nur die Briger Delegiertenversammlung war ein Erfolg — unsere Walliser Parteifreunde gestalteten die am gleichen Wochenende stattfindenden kantonalen Wahlen ebenso zu einem Erfolg: Im Kantonsparlament verfügen sie nun statt über 25 gleich über 30 Mandate. Dieses Wahlergebnis ist um so bemerkenswerter, als es gelang, seit Jahrzehnten bestehende Machtstrukturen wenn nicht aufzulösen, so doch zu ritzen und etwas Bewegung in die zementierte Walliser Parteienlandschaft zu bringen.

Der Zuwachs von zwei Mandaten im Deutschwallis entspricht den Erwartungen; die zumeist kleinen und kleinsten Proporzwahlkreise begünstigen zum vorneherein die stärkste Partei. Nach dem Erfolg in den Gemeinderatswahlen gelang damit der jüngsten Kantonalsektion der FDP der Schweiz nach deren erstmaligem Auftreten bei den Nationalratswahlen 1979, die Dank der Listenverbindung mit den freisinnigen Welschwallisern letzteren ein zweites Mandat in der Volkskammer eintrugen, eine beachtliche Konsolidierung.

Ein ausserordentliches Resultat erzielte auch der einzige freisinnige Vertreter in der kantonalen Exekutive: Bernard Comby erreichte im Alleingang beinahe dasselbe Resultat wie der zweit- und drittplatzierte CVP-Vertreter und liess deren vierten Mandatsträger deutlich hinter sich.

Der Erfolg der Walliser Parteifreunde zeigt, dass mit unbeirrbarem Einsatz auch in der «Diaspora» das Verlangen nach freisinniger Politik besteht. Unseren Walliser Freunden gebührt für ihr Engagement unser Dank.

*Leuenberger*  
H. R. Leuenberger, Fürsprecher



J.VONTOBEL & CO.  
Bankiers  
Zürich grösste Privatbank

Bahnhofstrasse 3 CH-8022 Zürich Telefon: 01-43 70 11  
Telegramme: CAPBANK Telex: 812 306

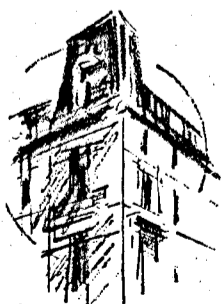
Ein SBG-Angebot  
für Unternehmer.

Wenn Sie Ihre Bau- oder Renovationspläne lieber heute als morgen verwirklicht sehen, sollten Sie mit uns über einen Baukredit reden.

Rufen Sie uns an. Damit wir Ihnen beweisen können, wie rasch sich Ihre Pläne realisieren lassen.



Schweizerische Bankgesellschaft



Universalbank  
gegründet 1897

Wir sind eine Bank, die mit den Märkten und in den Märkten der ganzen Welt arbeitet: Börsengeschäfte (Sitz an der Zürcher Börsel), Anlageberatung und Vermögensverwaltung, Betriebs- und Investitionskredite, Finanzierung von Handelsgeschäften, Devisenhandel, Akkreditive.

BANK HOFMANN AG  
ZUERICH Talstrasse 27, Telefon 01/211 57 60

# UNMENSCHLICH?

Unsere Ausländerpolitik sei unmenschlich. Diesen Vorwurf erheben die Befürworter der «Mitenand»-Initiative, über welche wir am 5. April abstimmen. Die «Mitenand»-Initiative ist aber unnötig und enthält unannehmbare Forderungen:

- bedingungsloser Rechtsanspruch der Ausländer auf Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung
- sofortiger Familiennachzug ohne Wartefrist für ausländische Arbeitskräfte und Saison-Arbeitskräfte
- mehr Rechte für Ausländer als für Schweizer
- Aufhebung des Saisonierstatuts

**Die Verwirklichung derart überrissener Forderungen würde die vom Schweizervolk wiederholt verlangte und nun erreichte Stabilisierung des Ausländerbestandes wieder zunichtemachen. Das gefährdet den sozialen Frieden; erneut würde das Verhältnis zwischen Schweizern und Ausländern schweren Belastungen ausgesetzt.**

Katastrophal wäre die Aufhebung des Saisonierstatuts für Gastgewerbe, Tourismus, Baugewerbe, Landwirtschaft. Aber erst recht für die Berggebiete und die Randregionen unseres Landes.

Der bedingungslose Familiennachzug würde die ausländische Wohnbevölkerung über die Millionengrenze anwachsen lassen – mit entsprechenden Folgen für den Wohnungsmarkt, die Schulen, Spitäler, Sozialversicherung usw.

Die Schweiz behandelt die Ausländer keineswegs unmenschlich. Bundesrat Furgler sagte am 1. Oktober 1980 bei der Beratung des Ausländergesetzes im Nationalrat: «Sie werden mir kein einziges Gesetz eines europäischen Staates nennen können, in welchem der vergleichbare Arbeitnehmer besser gestellt wäre als der jetzt zur Diskussion stehende Saisonier bei uns».

Deshalb am 5. April  
**MITENAND-INITIATIVE NEIN!**  
für eine neue Ausländerpolitik

Schweiz. Aktionskomitee gegen die Mitenand-Initiative

# OSTSCHWEIZ

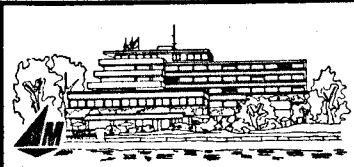
Das Haus mit der behaglichen und persönlichen Atmosphäre



Grill-Room · Rôtisserie

P. Musa-Emilsson, beim Bahnhof  
Tel. (071) 23 35 35  
Telex 77135

Officier Maître Rôtisseur  
de la Confrérie de la  
Chaîne des Rôtisseurs



ASH \*\*\*\*\*  
AMBASSADOR SERVICE HOTELS  
Hot-Whirl-Pool – Sauna – Fitness  
Grosser Parkplatz

**HOTEL METROPOL ARBON BODENSEE**  
CH-9320 Arbon, Tel. 071 46 35 35, Telex 77 247, Dir. Charles Delway

Charly's Rôtisserie  
Gartenrestaurant  
Seeterrasse beheizt  
Delphin-Bar  
Seminar-Departement

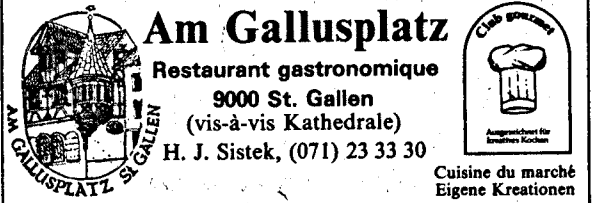
Grosser Dachgarten  
mit geheiztem Schwimmbad

## Geschäftlich oder privat?

Das Hotel Bad Horn hat Ihnen in jeder Beziehung etwas zu bieten: drei gepflegte Restaurants für einen Drink unter Freunden oder für ein exquisites Mahl, den originellen Bounty Bar Club, moderne Zimmer und nicht zuletzt Säle für Kongresse, Geschäfts-Meetings oder Tagungen.

Und falls Sie mit Ihren Geschäftsfreunden oder Bekannten von der Seeseite her kommen möchten: wir haben einen eigenen, neu ausgebauten Hafen.

Willkommen in Horn!



**Am Gallusplatz**

Restaurant gastronomique

9000 St. Gallen

(vis-à-vis Kathedrale)

H. J. Sistek, (071) 23 33 30

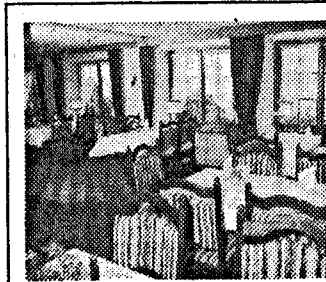


Cuisine du marché  
Eigene Kreationen

**Das führende Haus mit Ambiance**  
(erbaut 1606 – restauriert 1974)

Täglich 9.30 bis 23.00 Uhr  
Montag geschlossen

Rôtisserie – Café – Restaurant  
Gewölbekeller für Gesellschaften



**Gasthof Hirschen**

Traditionelles Restaurant  
in idyllischer Landschaft.  
Schloss Arenenberg mit  
Napoleon-Museum. Jedes  
Zimmer mit Blick auf  
den Untersee. Gepflegte  
Küche für spezielle  
Fleisch- und Fischgerichte.

Fam. P. Imhof  
CH-8268 Salenstein  
Telefon (072) 84 18 44  
(Dienstag geschlossen)

Speisesaal mit Blick auf Untersee  
(Verl. Sie uns. ausf. Hausprospekt)

## Erholung in der Ostschweiz

### 8-Tage-Intensivkur zur Entschlackung auf rein pflanzlicher Basis.

- Speziell empfohlen bei Leber/Galle- und Magenleiden.
- Erholung in idealer Höhenlage (1000 m ü. M.)
  - gesundes Klima
  - ruhig und sonnig gelegen
  - im Zentrum dankbarer Ausflugsziele
  - viele Möglichkeiten zu Sport und Wanderungen
  - Verlangen Sie unseren Kurprospekt



Kurzentrum Vögelinsegg

CH-9042 Speicher, Telefon 071/94 23 33

ZUR ERHOLUNG UND FÜR IHRE GESUNDHEIT

Mehr als nur Ferien – im Solebad-Hotel «Flamingo»  
Massagen, Solarium, Fango, Fitnessraum, Sprudelbad

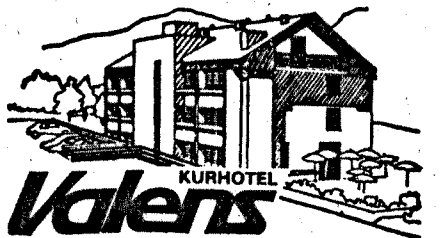
7-Tage-Arrangement zum Pauschalpreis ab Fr. 300.– (Zimmer mit Dusche/WC Fr. 350.–), Frühstücksbuffet, Abendessen, Eintritt im Solebad.

Geniessen Sie die herrliche Ruhe und Sonne in Oberhelfenschwil im Toggenburg. Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

**FLAMINGO**

Kurhotel Sole-Schwimmbad Tea Room  
Fam. M. Thomasius Oberhelfenschwil SG 071 / 55 12 56

Gutschein Fr. 30.–  
ab 7 Tagen Aufenthalt



auf der Sonnenterrasse von Bad Ragaz.

Das ideale Hotel für erholsame Thermalbadeferien

oder Badekur unter ärztlicher Anleitung der Bäderklinik Valens bei Rheumaleiden, Lähmungen, Unfallnachsorgebehandlungen und Rehabilitation.

Im Frühling und Herbst besonders empfehlenswert. Ruhige Lage, nebelfreies, mildes Klima.

Spezialstudios für Behinderte  
Klinik und Kurhotel unter gleicher Leitung.

Auskunft und Prospekte:  
Kurhotel Valens, CH-7311 Valens  
Telefon (085) 9 37 14 (Fri. Moosberger verl.)

**PIZOL**

Pizolhütte, 2227 m ü. M.  
Im Sommer und Winter

Für Sommer- und Herbstferien, fürs Wochenende  
Herrliche 5-Seen-Wanderung

Für den Winter – für Skiferien und Sporttage

Leichte Abfahrten für Anfänger und rassige für den Köhner.  
Für gutes und reichliches Essen sorgen wir.  
Touristenlager für 80 Personen.

Wir laden Sie herzlich ein  
Familie Peter Kirchof, 7323 Wangs-Pizol, Telefon (085) 2 14 56/2 33 58

TIFDP88958

**GESUCHT**

in der Stadt  
oder Agglomeration Zürich

**BAULAND**

für die Erstellung  
von Ein- oder  
Mehrfamilienhäusern.

**GENERALBAU**

Dienersstrasse 15  
8004 Zürich  
Tel. 01 242 10 20

malhis ag

### Hermes-Schulen

Handelsschule, Arztgehilfenschule  
Telefon (071) 23 27 56, (071) 22 90 53  
St. Gallen, Kreuzlingen, Buchs  
TIFDP62833

Mit der richtigen  
Zeitungswerbung  
können Sie Ihre  
Konkurrenz leicht  
übertönen.

Damit Ihre  
Zeitungswerbung  
ankommt.

**ofa**

### Unentgeltliche Rechtsauskunft

an ARZ-Mitglieder  
Nichtmitglieder 10.–

Anmeldung:  
Tel. (01) 241 49 90

TIFDP97802

Haben Sie Bauland,  
aber zu wenig  
Zeit?

Dann sollten  
Sie von  
unserer Erfahrung  
in der Projekt-  
entwicklung  
profitieren.

**Spaltenstein**

LIEGENSCHAFTEN

SPALTENSTEIN AG IMMOBILIEN  
SCHAFFHAUSERSTR. 372, 8050 ZÜRICH

### Beratung statt vermöbeln

Möchten Sie Ihre individuellen  
Wohn-Ideen verwirklichen?  
Besuchen Sie in Volketswil  
unsere grosse Wohn-Erlebnis-  
Ausstellung auf  
5 Etagen.

**Möbelzentrum  
des Handwerks**

Volketswil: Autobahnausfahrt  
Richtung Uster, vis-à-vis Waro,  
Tel. 01-945 55 81

Zürich: Uraniastrasse 28,  
vis-à-vis Parkhaus Jelmoli,  
Tel. 01-211 79 47

Fortsetzung von Seite 1

durch keine andere staatliche Massnahme soviel zur Eigentumsstreuung beigetragen werden kann wie durch das BVG. Während steuerliche Entlastungen und Subventionsgewährungen rasch an den realen Gegebenheiten des Finanzhaushaltes anknüpfen, kann im Rahmen der zweiten Säule mit einem Bruchteil der jährlich neu zufließenden Mittel Entscheidendes geleistet werden.

### Das konkrete Beispiel

Eine kleine Ueberschlagsrechnung möge dies belegen. Wenn 100 000 Arbeitnehmer von ihrem Zuwachs des Altersguthabens jährlich 2000 Franken zur Amortisation ihrer Schulden auf dem Eigenheim beanspruchen, so schmälern diese 200 Mio. Franken den Mittelzugang der Pensionskassen kaum spürbar. (Schon 1978 — also ohne jedes Obligatorium — verzeichneten die Vorsorgeeinrichtungen einen Prämienzugang von 6,8 Milliarden Franken.) Für den Arbeitnehmer kann es demgegenüber entscheidend sein, ob seine Wohnkosten 2000 Franken höher oder tiefer sind. Dabei wird der Vorsorgezweck in keiner Weise beeinträchtigt. Wenn wir bedenken, dass die Kaufkraft des Geldes im

Laufe einer vierzigjährigen Erwerbsperiode um etwa drei Viertel schwindet (der Franken von 1979 ist weniger wert als 25 Rappen im Jahre 1939), so ist der Arbeitnehmer mit einem Eigenheim



nicht schlecht bedient, selbst wenn er eine bescheidene Reduktion der Alterspension in Kauf nehmen muss.

Der Mechanismus der von der Expertenkommission verfochtenen Lösung ist denkbar einfach: der Arbeitnehmer soll während der Zeit der stärksten Belastung (nach Erwerb eines Eigenheims; heranwachsende Kinder) nicht gleichzeitig für die Pension und für das Eigenheim sparen müssen. Die Befreiung vom doppelten Sparzwang bringt Zehntausende von Arbeitnehmern wirtschaftlich in die Lage, an den Erwerb eines Eigenheims zu denken.

### Steuerliche Vorkehren

Bedeutsame Vorschläge hat die Expertenkommission Masset auch auf dem Gebiet des Steuerrechts unterbreitet. Am aktuellsten sind wiederum einzelne Bestimmungen des BVG. Nach Art. 77/78 dieser Vorlage sollen Vorsorgebeiträge vom steuerpflichtigen Einkommen abgezogen werden können, und zwar sowohl die Pensionskassenbeiträge als auch bestimmte persönliche Selbstvorsorgebeiträge. Dabei geht es darum, dass neben dem Versicherungs sparen und neben dem Banksparen auch das «Wohnsparen» zum Steuerabzug berechtigt. Unter Wohnsparen wäre sowohl das Bausparen vor dem Erwerb als auch das Abzahlen der Schul-

den nach dem Erwerb eines Eigenheims verstanden.

Leider hat hier der Ständerat mit ganz knapper Mehrheit eine allzu engherzige Lösung beschlossen, die zudem im Vollzug viel zu kompliziert ist und ausserdem zu unerwünschten zusätzlichen Steuerunterschieden zwischen den Kantonen führt. Es wäre wichtig, dass sich in diesem Punkt der Nationalrat durchsetzt.

Schlechte Nachrichten kommen auch von der Front des Steuerharmonisierungsgesetzes. Dem Vernehmen nach hat die Finanzdirektorenkonferenz alle Anliegen der Expertenkommission Masset abgelehnt. So soll für die Vermögenssteuer auch beim selbstgenutzten Wohneigentum kurzerhand der Verkehrswert massgeblich sein, was in markantem Widerspruch zur bestehenden Praxis und in noch grösserem Widerspruch zur wünschbaren Neuordnung steht. Auch in bezug auf die Eigenmietwerte wollen die Finanzdirektoren kein Entgegenkommen zeigen. Am bedauerlich-

sten ist jedoch, dass die Gewährung des Steueraufschubs bei Ersatzbeschaffung verweigert werden soll. Es werden mithin noch einige Sträusse auszufechten sein, bis die Vorschläge der Expertenkommission auf diesem Gebiet realisiert sein werden.

### Bau- und Planungswesen

Was die Eigentumsförderung durch zweckmässige Vorkehren im Bau- und Planungswesen betrifft, so sind von der Expertenkommission Masset vor allem die Gemeinden und Kantone angesprochen worden. Leider beherrscht noch immer das Motto der Verkleinerung der Bauzonen das Feld. Immerhin kann vermerkt werden, dass im Kanton Zürich mit gutem Erfolg eine Initiative auf Vereinfachung des Planungs- und Baugesetzes lanciert worden ist. Die Initianten zielen mit ihrem Vorstoss unter anderem auf ganz bestimmte Erleichterungen zugunsten des Eigenheimbesitzes.

Die Expertenkommission Masset hat Gewicht auf den Umstand gelegt, dass es weniger um die Auslösung neuer Subventionen als vielmehr um die Beseitigung staatlicher Hindernisse geht. Solche — völlig unnötige — Hindernisse richten beispielsweise allzu engherzige Richtlinien für die Anlage von Pensionskassengeldern auf. So hat der Kanton Zürich festgehalten, dass eine Pensionskasse höchstens für 20% ihrer Anlagemittel Hypotheken auf Eigenheime ihrer Versicherten gewähren dürfe und zudem im Einzelfall nur bis zu 70% des Ertragswertes. Für die Ueberschreitung dieser Plafonds bedarf es spezieller fachmännischer Begründungen. Nun hat auch der Kanton Solothurn diese Regelung übernommen. Die Gewährung von Hypotheken für Eigenheime der eigenen Mitarbeiter ist die nächstliegende und sinnvollste Verwendung von Pensionskassengeldern. Sie derart zu beschränken ist eigentumpolitisch ein Unding, das nach all den Diskussionen um die Wohneigentumsförderung nicht mehr hätte passieren dürfen.

### Man darf hoffen ...

Gesamthaft wird man nicht behaupten wollen, der Expertenbericht Masset habe die langsam mahelnden Mühlen der Demokratie in übergrösse Bewegung

versetzt. Man hat das aber auch nie erwarten dürfen. Die grosse Chance besteht vielmehr darin, dass auf Bundesebene «zufällig» zwei Gesetze in Vorbereitung sind, die bei entsprechend eigentumsfreundlicher Ausgestaltung mehr zur Eigentumsstreuung beitragen können als irgendwelche neuen Gesetzeswerke. Und zudem ist nicht zu vergessen, dass die Behörden auf kommunaler Ebene es in ihrer Tagespolitik weitgehend in der Hand haben, dem Eigenheimgedanken praktisch zum Durchbruch zu verhelfen. Unter Federführung der Schweizerischen Vereinigung für Landesplanung werden vom Bund aus diesbezügliche Empfehlungen an die Gemeinden ausgearbeitet.

Man möchte hoffen, dass diese Empfehlungen tatsächlich der Verbreitung des Eigenheimes dienlich sind. Eine positive Einstellung der Gemeindebehörden, massvolle Steuerordnungen der Kantone und eine vernünftige Rahmenordnung seitens des Bundes werden jedenfalls wirkungsvoller zur Eigentumsstreuung beitragen als noch so kostspielige Subventionslösungen.

### FDP-Frauen für gleiche Rechte

An ihrer Präsidentinnenkonferenz hat die Schweizerische Vereinigung der Freisinnigen Frauengruppen (SVFF) einstimmig beschlossen, für die am 14. Juni zur Abstimmung gelangende Verfassungsvorlage «Gleiche Rechte für Mann und Frau» einzustehen. Sie ruft ihre Mitglieder zu einem aktiven Engagement in dieser für die Sache der Frau wichtigen Abstimmung auf. Die Annahme der Vorlage schafft die notwendige Voraussetzung für die Verwirklichung der Gleichberechtigung auf Gesetzesebene.

Die FDP-Frauen sind sich bewusst, dass mit der Verfassungsänderung lange nicht alle Probleme gelöst werden, weil es noch grosser Anstrengungen bedarf, bis die Gleichberechtigung in der Praxis Wirklichkeit wird. Im Sinne des Gleichgewichts zwischen Rechten und Pflichten werden die FDP-Frauen auch das Problem der Beteiligung der Frau an der Gesamtverteidigung angehen.

### 20. Juni — Tag des Flüchtlings

Die Schweizerische Zentralstelle für Flüchtlingshilfe (SFH) will am 20. Juni einen «Tag des Flüchtlings» durchführen. Der Bundesrat hat dieser Aktion seine Unterstützung angedeihen lassen. Zu den Initianten gehören auch Caritas Schweiz, das Hilfswerk der evangelischen Kirchen der Schweiz (Heks) sowie das Schweizerische Rote Kreuz (SRK). Die SFH zählt auf die Unterstützung von Organisationen und Verbänden und ist auch zur Mitarbeit mit den Parteien — insbesondere auf Gemeindeebene — bereit. Zahlreiche Anregungen für Veranstaltungen auf lokaler und regionaler Ebene sind bereits ausgearbeitet worden. Nähere Auskünfte erteilt die SFH, Postfach 279, 8035 Zürich, Tel. (01) 361 96 40.

# Einfach gut.

Cigarillos, die aufrichtig ihr natürliches Äusseres zeigen, gibt's von La Paz. Aus naturreinen Qualitätstabaken mit dem Charakter der typischen Mélange der La Paz-Cigarren. Mild und aromatisch vom ersten bis zum letzten Zug. Lebendige Naturprodukte eben. So, wie das Siegel zeigt.

Es ist eine Kunst, gute Tabake zu erkennen und daraus gehaltvolle Cigarillos zu machen. Es ist ein Vergnügen, solche Cigarillos zu geniessen. Es ist schön, dass es Cigarillos von La Paz gibt.

Cigarillos Palitos für jede Tageszeit und für alle, die das Einfache und Ehrliche mögen.



Cigarros Autenticos.



20 Stück, Fr. 4.80

Importeur: Säuberli AG, 4002 Basel

Aus der Stellungnahme des Fraktionsprechers

## Darum ein Ja zur neuen Bundesfinanzordnung

Nationalrat Dr. Felix Auer erläuterte bei der grossen Finanzdebatte vergangener Woche vor der Volkskammer als Sprecher der Freisinnig-Demokratischen Fraktion die Haltung der Fraktionsmehrheit. Er nahm dabei auch zur Frage «„Null-Lösung“ oder Mehreinnahmen?» Stellung. Nachstehend die (gekürzten) Ueberlegungen des Baseltbieter Volksvertreters zu diesem Thema sowie seine Schlussfolgerungen:

Wir haben die Frage «„Null-Lösung“ oder Mehreinnahmen?» in unserer Fraktion gründlich erörtert: Von 1960 bis 1976 stiegen die Ausgaben im Jahresdurchschnitt

(gemäss Budget) verminderte sich im Jahresdurchschnitt das nominelle Wachstum auf 1,7% und ging damit im Jahresmittel real um 0,8% zurück. Dies sollte von all jenen mit Genugtuung vermerkt werden, die besonders Gewicht auf den Sparbefehl des Volkes legen und — zu Recht — einen Stopp der staatlichen Expansionsgelüste fordern.

### Programmierte Mehrausgaben

Wir haben jedoch weiter festgestellt, dass sich trotz drei Sparpaketen und anderen Massnahmen dieses minimale Wachstum zumindest in den nächsten Jahren nicht durchhalten lässt: Werden keine neuen Sparmassnahmen beschlossen, erhöhen sich nämlich bis 1984 die Ausgaben — ohne neue Aufgaben — um 2,7 Mia. Fr. auf 20,1 Mia. Fr.

Das Wachstum steckt, wie Bundesrat Nello Celio jeweils sagte, «in das Pipeline»; es ergibt sich durch das geltende Recht: Allein die Sozialwerke werden zusätzlich gegen 700 Mio. Fr. erfordern. Dazu kommen die Auswirkungen der sehr wahrscheinlich höher als angenommen ausfallen-



um 12% an und damit erheblich mehr als das Bruttosozialprodukt (Durchschnitt plus 8,8%). Seit 1976 hingegen — wegen der Beschäftigungsmassnahmen — allerdings ein Spitzenjahr — bis 1981

den Teuerung und die in den Finanzplänen nicht enthaltene Realloohnerhöhung für das Bundespersonal. Es sei weiter daran erinnert, dass wir uns hier fast einmütig für das Armeeleitbild 80 ausgesprochen haben. Seine Verwirklichung ist jedoch der schlechten Finanzlage wegen in Frage gestellt.

Es darf nicht vergessen werden, dass die prognostizierten Mehreinnahmen von 500 Mio. Fr. nur bei wirtschaftlichem Wachstum eingehen werden. Fast die Hälfte der Wust ergibt sich aus den Investitionen der Wirtschaft, und diese sind bekanntlich stark konjunkturabhängig.

### Weiterhin Defizite

Auf Grund dieser Sachverhalte resultiert 1983 voraussichtlich immer noch ein Defizit von rund 200 Mio. Fr. — selbst dann, wenn die Schwerverkehrs- und die Energiesteuern eingeführt werden. Aber bereits ab 1984 steigt wegen des Wegfalls der Subventionskürzungen der Fehlbetrag wieder an!

Aus diesen Gründen stimmt die Mehrheit unserer Fraktion einerseits den vorgesehene Mehreinnahmen zu. Sie verlangt andererseits nicht nur Anstrengungen auf Seiten der Einnahmen, sondern in verstärktem Masse auch solche bei der Reduktion von Ausgaben. Sie fordert daher — in Uebereinstimmung mit dem Vorstoss unserer Fraktion in der letzten Dezember-Session —, dass die von der Kommission unterbreitete Sparmotion gutgeheissen wird. Diese verlangt bekanntlich mit einem Anschlussprogramm zum Sparpaket III «zusätzliche Einsparungen von dauerhafter Wirkung».

### Gegen vermehrte Schulden

Es sei schliesslich daran erinnert, dass die Verfassung (Art. 42<sup>bis</sup>) und das Haushaltsgesetz ausdrücklich vorschreiben, es sei der Fehlbetrag in der Bilanz abzutragen. Mit anderen Worten: wir halten die Zunahme der Bundesverschuldung — namentlich in wirtschaftlich guten Zeiten — für falsch. Unsere Auffassung deckt sich hier mit jener von Bundesrat Ritschard. Er ist bekanntlich von Wissenschaftlern und anderen gewissen Leuten angegriffen worden, er vertrete hier altväterliche und längst überholte Thesen. Wir wären vielleicht anderer Meinung, wenn nur die Brutto-, nicht aber auch die Netto-Verschuldung derart stark angestiegen wäre und wenn die Fremdgelder für produktive Investitionen in Anspruch genommen würden. Wir brauchen sie jedoch bedenklicherweise für Konsumzwecke und zur Deckung der steigenden Zinslasten.

### Darum ein Ja

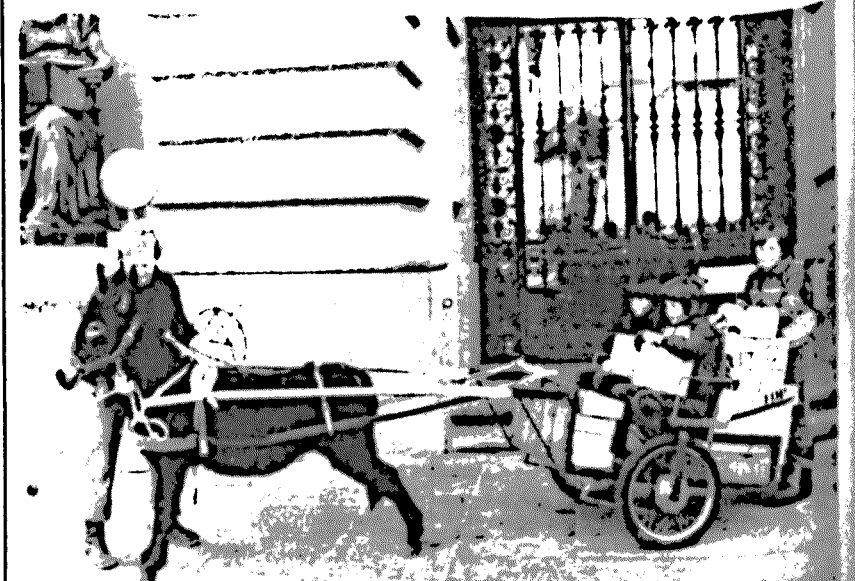
Die FDP-Fraktion stimmt der Vorlage zu,

- weil wir gesunde öffentliche Finanzen als eine primäre Aufgabe der Staatspolitik sehen;
- weil sie zwar in mancherlei Hinsicht nicht zu befriedigen vermag, uns jedoch kein anderer Weg offenbleibt;
- weil auch bei zusätzlichen Sparmassnahmen zusätzliche Einnahmen notwendig sind, soll der Bund die ihm anvertrauten Aufgaben weiterhin erfüllen;
- weil wir uns die pitoyablen politischen Schauspiele anlässlich der beiden letzten Finanzvorlagen nicht mehr leisten können, sollen das Parlament und die «Zauberformel» einigermassen glaubhaft bleiben;
- weil wir uns auf eine Vorlage zu einigen haben, die grösstmögliche Chancen in der Volksabstimmung hat, und schliesslich
- weil wir auch deshalb dem vorliegenden Kompromiss zustimmen müssen: Er erfüllt zwar unsere Erwartungen nicht. Dies dürfte jedoch auch für andere zutreffen, die ihn ebenfalls im Interesse des Ganzen befürworten.

Freisinnige Schulkoordinations-Initiative eingereicht

## Erfolgreicher Abschluss dank Schlusspurt

Am 23. Februar wurde bei der Bundeskanzlei die von zwölf freisinnigen Kantonalparteien lancierte eidgenössische Volksinitiative für die Koordination des Schuljahresbeginns in allen Kantonen mit 106 673 beglaubigten gültigen Unterschriften eingereicht. Die Initianten verlangen einen neuen Absatz 4 im Art. 27<sup>bis</sup> der Bundesverfassung, der lautet: «Die Bundesgesetzgebung legt die Jahreszeit fest, in der das Schuljahr beginnt.»



Schulkinder überbrachten die bereits beglaubigten Unterschriften der Bundeskanzlei. Zuvor «posierten» sie für die Photographen vor dem Bundeshaus. (Bild Ruedi)

Mit der Realisierung dieser minimalen Vereinheitlichung würden die Schulhoheit und die innere Eigenständigkeit der Schulen der Kantone nicht in Frage gestellt. Die Initianten hoffen im übrigen, dass sich eine Bundeslösung schliesslich dank der freiwilligen Koordination der Kantone erübrigen wird. Schon die Tatsache der Lancierung der Initiative hat den neuerlichen Anlauf zur Vereinheitlichung des Schuljahresbeginns auf den Spätsommer gefördert, und das Resultat der Unterschriftensammlung wird die noch zu erwartenden Volksabstimmungen in den Kantonen Zürich und Bern positiv beeinflussen. Damit würde das grösste Hindernis für die Realisierung des 1970 von der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren ausgearbeitete Konkordat über die Schulkoordinationsinitiative endlich aus dem Wege geräumt. Sollten diese Bemühungen aber wie schon 1972 negativ verlaufen, müsste mittels der nun deponierten eidgenössischen Volksinitiative eine Lösung herbeigeführt werden.

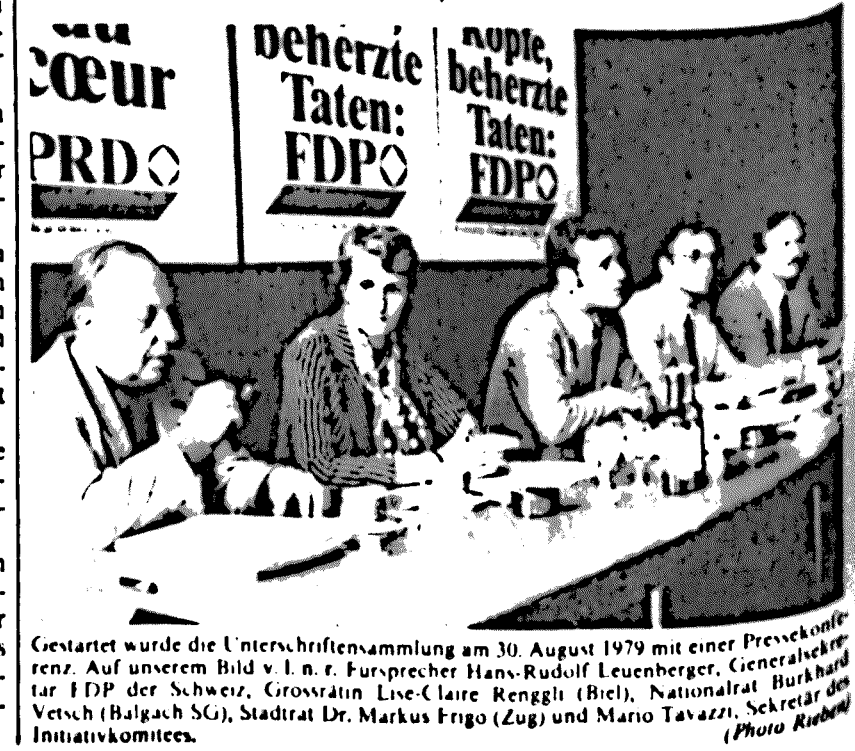
Das Initiativkomitee dankt allen Parteifreunden und Sympathisanten, die zum Gelingen der Unterschriftensammlung beigetragen haben.

Die Initiative für eine Koordination des Schuljahresbeginns in allen Kantonen wurde von folgenden Kantonalsektionen der FDP unterstützt: FDP des Kantons Bern, Liberale Partei des Kantons

Luzern, FDP des Kantons Uri, Liberale Volkspartei des Kantons Schwyz, Liberale Partei Obwalden, Liberale Partei Nidwalden, FDP des Kantons Glarus, FDP des Kantons Zug, FDP des Kantons Solothurn, FDP des Kantons St. Gallen, FDP des Kantons Graubünden, FDP des Kantons Baselland.

### Statistik der gültigen Unterschriften nach Kantonen

Zürich	4 485
Bern	19 414
Luzern	18 210
Uri	1 197
Schwyz	5 178
Obwalden	141
Nidwalden	1 792
Glarus	2 484
Zug	3 943
Fribourg	1 475
Solothurn	11 244
Basel-Stadt	1 034
Baselland	4 839
Schaffhausen	441
Appenzell A. Rh.	513
Appenzell I. Rh.	49
St. Gallen	19 637
Graubünden	2 704
Aargau	4 068
Thurgau	1 413
Tessin	427
Vaud	190
Valais	599
Neuchâtel	421
Genève	601
Jura	173
<b>Total</b>	<b>106 673</b>



Gestartet wurde die Unterschriftensammlung am 30. August 1979 mit einer Pressekonferenz. Auf unserem Bild v. l. n. r. Sprecher Hans-Rudolf Leuenberger, Generalsekretär FDP der Schweiz, Grossrätin Lise-Claire Renggli (Biel), Nationalrat Burkhard Vetsch (Balgach SG), Stadtrat Dr. Markus Frigo (Zug) und Mario Tavazzi, Sekretär des Initiativkomitees. (Photo Ruedi)

### exklusive Vorhänge

Für Sie — von international bekannten Designern geschaffen. Attraktive, schöne Kollektionen für SILENT GLISS-Streifen-, Flächen- und Raffvorhangdekorationen nach neuem Stil.

Wählen Sie nach Ihren Wünschen und Ideen die schönsten Dessins aus und geben Sie mit diesen Ihrem Heim ein neues Kleid. Fragen Sie den Innendekorateur.

**VonDach-Co**  
3250 Lyss  
Telefon 032/84 27 40

**Gutschein für**    Prospekt    Bezugsquellen

Name \_\_\_\_\_

Adresse \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

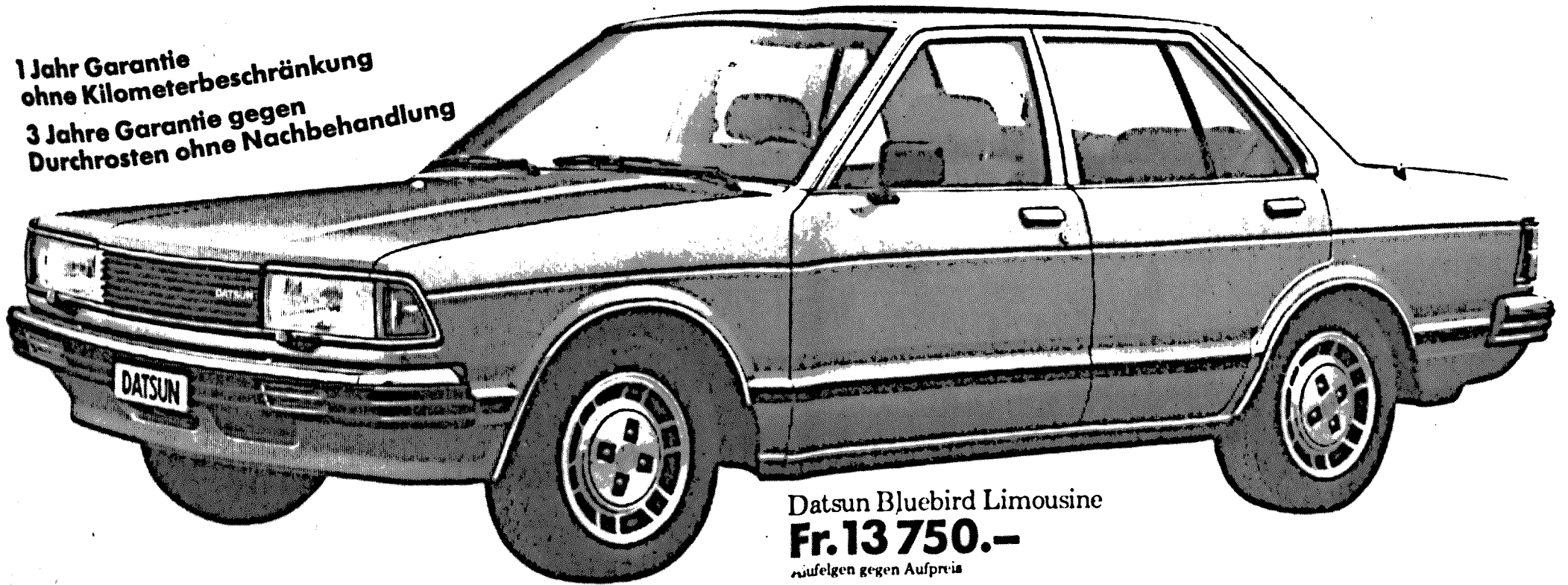
Telefon \_\_\_\_\_

Senden an: Von Dach + Co., 3250 Lyss      DF 85a

# DATSUN BLUEBIRD

Das beste Angebot seiner Klasse! Qualität, Zuverlässigkeit, Wirtschaftlichkeit und Komfort zu einem überzeugenden Preis.

1 Jahr Garantie ohne Kilometerbeschränkung  
3 Jahre Garantie gegen Durchrostern ohne Nachbehandlung



Datsun Bluebird Limousine  
**Fr. 13 750.-**

Auflagen gegen Aufpreis

## Qualität und Zuverlässigkeit

Der elegante Datsun Bluebird ist einer der erfolgreichsten japanischen Mittelklasse-Wagen. Und alle Erfahrungen, die mit Fahrzeugen dieser Modellreihe auf Millionen gefahrenen Kilometern gemacht wurden, sind beim neuen Bluebird ausgewertet. Das Resultat: Ein Auto, von dem «auto motor und sport» (27/80), die grosse Autozeitung, in einem Vergleichstest schreibt: «... den insgesamt besten Raumkomfort geniessen die Insassen des Datsun» und feststellt, «dass der Bluebird über den grössten Kofferraum verfügt». Dieser neue Bluebird wird schlussendlich von allen getesteten Wagen gesamthaft auch am besten bewertet. Und «mot» schreibt: «Das Bluebird Coupé ist optisch ungewöhnlich gefällig, hervorragend ausgestattet...» Eine ungewöhnliche Zuverlässigkeit und Qualität ist bereits dadurch garantiert, weil bei Datsun, dem viertgrössten Automobilhersteller der Welt, mehr Angestellte (17%) ausschließlich mit Qualitätskontrollen beschäftigt sind als bei jedem anderen Automobilproduzenten. Was professionelle Autotester für gut befinden, das zählt sich tagtäglich auch für Sie aus.

## Wirtschaftlich

Nur Sparsamkeit allein genügt uns nicht! Obwohl diese Verbrauchszahlen für sich sprechen: Bei 90 km/h 6,5 Liter Normalbenzin  
Bei 120 km/h 8,8 Liter Normalbenzin  
Stadtverkehr 10,4 Liter Normalbenzin  
Echte Wirtschaftlichkeit zeichnet den neuen Bluebird aus. Geringer Verbrauch, tiefe Wartungskosten, hohe Qualität und grosszügige Ausstattung. Sie erhalten beim Bluebird mehr Auto für Ihr Geld.

## Technik

Ein kräftiger, sparsamer Vierzylinder mit fünf-fach gelagerter Kurbelwelle sorgt für problemloses, ruhiges Fahren (1770 ccm, 88 DIN/PS [65 kW], Coupé 90 DIN/PS [66 kW]). Ein ideal abgestimmtes, vollsynchronisiertes Getriebe (Limousine 5-Gang oder Automat, Coupé 5-Gang, Kombi 4-Gang) für effektvolle Beschleunigung und sparsame Fahrweise. Unabhängig aufgehängte Vorder- und Hinterachse mit McPherson-Federbeinen, Zugstreben und Stabilisator für überzeugendes Fahrverhalten (Kombi Starrachse). (Dazu schreibt «auto motor und sport»: «...besitzt der Datsun

auch die modernste Art der Radführung innerhalb der Vergleichstest-Konkurrenz.») Innenbelüftete Scheibenbremsen vorn, Trommelbremsen hinten für Ihre Sicherheit.

Datsun Bluebird, das überzeugende Argument,

um auf Datsun umzusteigen. So, wie es bereits vor Ihnen mehr als eine Million Autofahrer in Europa getan haben. Ein Wagen, den Sie sich unbedingt bei einem der über 300 Datsun-Handler in der Schweiz ansehen sollten.

## Komfort

Was Sie sich auch wünschen, beim Bluebird ist alles bereits erriemung. So zum Beispiel:

### Aussen:

- Halogen Scheinwerfer
- Rückfahrleuchten
- Nebelblindleuchten (Lim. + Coupé)
- getönte Sicherheitsfrontscheiben
- Stossstangen mit Gummiauflagen
- Aussen Spiegel
- Scheinwerfer-Waschanlage

### Im Cockpit:

- Radio (MW, UKW) mit Vorwahltafel
- Zigarettenanzünder
- Warnlampen für:
  - Bremsdruckverlust
  - Handbremse
  - Öldruck
  - Scheinwerfer
  - Deflektor für Heckscheiben
  - Ladesteuerung
  - Verstellbares Lenkrad
  - Tageskilometerzähler
  - Tourenzähler
  - Benzintuhr

### Temperaturantrieb

- Digitaluhr
- Zweifachhebel
- Dreistufen Scheibenwischer mit variabler Intervallhaltung
- Heckscheibenwischer (Kombi)
- Scheibenwaschanlage
- Beleuchtete Heizungsbedienungs
- Beleuchtetes Lenkrad
- Lederbezogene 2-Speichen-Lenkrad
- 3-Punkt-Rollgurten
- Automatische Kofferraumöffner
- Automatische Tankdeckelöffner
- abschliessbarer Tankdeckel

### Innen:

- Laderaumbeleuchtung
- Verschliessbares, beleuchtetes Handschuhfach
- Seitenbestenbefroster
- Heckbestenbefroster
- In der Höhe verstellbare Fahrer- und Beifahrersitze
- Einstiegsbeleuchtung (Coupé)
- Armaturen
- Mittelarmstütze im Fond (Lim. + Coupé)
- Eingebaute Kreuztulle (Fahrer- und Beifahrersitz)
- Kindersicherung
- und noch vieles mehr.

## Coupon

Bitte senden Sie mir Ihre Unterlagen und Informationen:

- über das Datsun-Bluebird-Programm
- über die gesamte Datsun-Palette
- über die CAR VARIA LEASING

Name: \_\_\_\_\_ Vorname: \_\_\_\_\_  
Strasse: \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_ Tel.: \_\_\_\_\_  
Bitte einenden an: Datsun (Schweiz) S.A., Postfach, 8902 Urdorf

Die Ausstattung kann jederzeit ohne Vorankündigung ändern.



Datsun Bluebird Limousine  
1770 ccm, 88 DIN/PS, (65 kW),  
5-Gang-Getriebe  
Mit Automat Fr. 14 700.-



Datsun Bluebird Coupé  
1770 ccm, 90 DIN/PS, (66 kW),  
5-Gang-Getriebe  
mit Schiebedach und Auflagen Fr. 13 900.-



Datsun Bluebird Kombi  
1770 ccm, 88 DIN/PS, (65 kW),  
4-Gang-Getriebe (Laderaum über 2 m³)

# DATSUN

Qualität und Zuverlässigkeit

Datsun (Schweiz) SA, 8902 Urdorf  
Tel. 01-734 28 11

**CAR VARIA LEASING**  
Auskunft Telefon 01-734 15 00

**Datsun - Nr. 1 der Importwagen in Europa**

VERKAUFS-  
ERFOLG  
DURCH  
VERKAUFS-  
TECHNIK

Wir trainieren Ihre Aussen- und Innendienst-Mitarbeiter für Marketing-gerechtes Verhalten im Verkaufsgespräch, am Telefon und in der Korrespondenz. Die Trainings können in Gruppen oder auch einzeln durchgeführt werden.

trainings-consult AG

Führungs- und Verkaufspraxis  
Erlenstrasse 41 8812 Wädenswil  
Tel. 01/ 714 26 46



**SCHULER-WEINE**

St. Jakobskellerei SCHULER & CIE AG SCHWYZ + LUZERN

# Hypo- thek? Sicher!



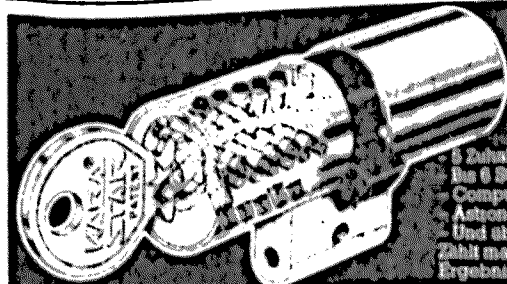
Schweizerischer  
Bankverein  
Société de  
Banque Suisse

Betonschalttafeln, Gerüstholz  
Nut- und Kambretter

# BETTSCHEN

Sägerel und Hobelwerk, 3713 Reichenbach

Telefon 033 76 17 44



**KABA STAR**  
Das Schliesssystem  
mit Kopierschutz-Garantie.

5 Zuhaltungen  
- bis 6 Stifte pro Reihe und 20 Positionen pro Zylinder.  
- Computergesteuerte Schlüssel-Präzisionen in Hundertstel Millimetern.  
- Antonomische Schlüsselvarianten.  
- Und über 100 Jahre Erfahrung.  
Zählt man alles zusammen, kommt man zum Ergebnis, dass KABA STAR ganz sicher sicher ist.

**BAUER KABA AG**

Sicherheits-Schliesssysteme  
Postfach CH 4620 Wetzikon  
Tel. 01-9316111  
Telex 875481



Obwohl die jüngste ausserordentliche Delegiertenversammlung eher an der Peripherie denn im Zentrum unseres Landes durchgeführt wurde, war der Aufmarsch der Delegierten und weiterer Parteifreunde beachtlich: Ueber 200 Personen versammelten sich im Briger Pfarreizentrum. Sie erwiesen damit der vor zwei Jahren gegründeten FDP des Oberwallis zugleich ihre Reverenz. FDP-Präsident Leo Jossen wies denn auch in seinen Begrüßungsworten auf die Bedeutung des Anlasses für die Walliser – und insbesondere Oberwalliser – Parteifreunde hin. – Neben der Parolensfassung zur Mitenand-Initiative, worüber an anderer Stelle informiert wird, standen ein Referat des Vorstehers des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes sowie ein Podiumsgespräch über regionale Wirtschaftspolitik im Mittelpunkt. Fazit der Aussprache: Die regionale Entwicklung ist nicht allein von spezifischen regionalpolitischen und -wirtschaftlichen Instrumenten abhängig, sondern eine Querschnittsaufgabe, die auch andere Bereiche tangiert; keine neuen spezifischen Instrumente sind nötig, sondern eine konformere Ausnützung der vorhandenen Möglichkeiten. Die Partei will zudem eine Studiengruppe einsetzen, die sich mit den regionalen Disparitäten auseinandersetzen soll. Eingeleitet wurde das Gespräch mit einem Referat von Bundesrat Honegger, der einen Ueberblick über das Bündel regionalpolitischer Massnahmen des Bundes gab. Er bezeichnete Einkommensdisparitäten als die «bedeutendste, staatspolitisch schwerwiegendste Erscheinungsform des Problemkreises regionale Ungleichgewichte». Regionalpolitik sei längerfristig ausgerichtet. Honegger plädierte für eine gesamtheitliche Betrachtungsweise: «Es geht nicht nur um die rein wirtschaftlichen Aspekte, so wichtig sie sind. Regionalpolitik und Berggebietsförderung haben eine übergeordnete, gesellschaftspolitische Funktion. Sie sind besonders in unserem föderalistischen Staat eine echte Gemeinschaftsaufgabe.» – Unsere Bilder zeigen oben die Teilnehmer am Podiumsgespräch: (v. r. n. l.) Nationalrat Jacques Martin, Nationalrat Franz Steinegger, Gesprächsleiter Dr. Stephan Bieri, Regierungsrat Bernard Comby, Biga-Direktor Jean-Pierre Bonny sowie Dr. Anton Bellwald. Am Rednerpult Bundesrat Honegger, der die Aussprache mit einem Kurzreferat einleitete. Die Bilder in der mittleren Reihe zeigen von links nach rechts Nationalrat Gilbert Duboule, Bundesrat Honegger sowie Parteipräsident Yann Richter (links neben ihm sitzt der Präsident der FDP des Oberwallis, Leo Jossen). Einen Blick auf gespannt den Verhandlungen folgenden Delegierte wirft das Bild links, während das Bild unten Nationalrat Burkhard Vetsch am Rednerpult zeigt. Oben: Fürsprecher Hans Rudolf Leuenberger, Generalsekretär der Partei, flankiert von Bundesrat Honegger und Parteipräsident Richter.

(Photos B & B)

BANK JULIUS BÄR  
ZÜRICH

&

LONDON

Bank Julius Baer International Limited  
3 Lombard Street, London EC3V 9ER

oter radical,  
est choisir  
efficacité!

